



2019



Familien-Partei Deutschlands



Wahlprogramm zur Europawahl

26. Mai 2019

Für alle
Familien-Partei
Deutschlands



Beschluss

des Europaparteitages der Familien-Partei Deutschlands

Coesfeld, 15 April 2018

**EU Wahlprogramm der Familien-Partei Deutschlands für die
Wahl zum IX. Europäischen Parlament 2019**

Inhaltsverzeichnis

I. Präambel.....	4
II. Sozial- / Familienpolitik	6
1. Europäisches Kindergeld	7
2. Erziehungsgehalt	8
3. Europäische Rente	9
4. Familienwahlrecht	10
5. Erleichterung der Annahme einer Ausbildung.....	10
6. Kostenloses einjähriges Bahnticket zum 18 Lebensjahr	10
III. Wirtschaft und Finanzen	11
1. Finanztransaktionssteuer	11
2. Europaweit geltende Kapitalertragssteuer von 20 - 35%	12
3. Einführung europäischer Mindeststeuersätzen für Unternehmen	13
4. Entzug der Bankenlizenz	14

5. Euro-Bonds	14
6. Freihandelsabkommen.....	15
7. Bargeld.....	15
IV. Landwirtschaft.....	16
1. Export von Agrarprodukten	16
2. Keine Benachteiligung der Nebenerwerbslandwirte.....	16
3. Grundrecht auf Wasser	17
4. Einsatz von Pestiziden wie Glyphosat.....	18
5. Tierschutz	18
V. Energie, Umwelt und Klima.....	18
1. Energiewende	19
2. Aufbau eines europäischen Stromnetzes.....	19
3. Marktübliche Energiepreise und kein europäisches EEG	20
4. Stärkung der Europäischen Umweltagentur (EUA)	20
5. Co2 Zertifikate.....	20
VI. Infrastruktur.....	21
1. Verstärkte Förderung von Großprojekten.....	21
2. Innereuropäische Mobilität	21
VII. Verteidigung / Inneres.....	22
1. Ausbau Auskunftsrechte innereuropäischer Behörden	23

2. Umgang mit Flüchtlingen	23
3. Standardisierte Militärobjekte.....	24
4. Einsetzung einer Europäischen Armee	24
VIII. Parlamentsrechte stärken.....	25

I. Präambel

Für ein familienfreundlich ausgerichtetes und starkes Europa!

Bei der kommenden Wahl zum IX. Europäischem Parlament wird die Ausrichtung für das Europa von (über-)morgen bestimmt. **SIE entscheiden** über die Schwerpunktsetzung der folgenden Legislaturperiode und darüber hinaus.

Der Staatenverbund der Europäischen Union bedarf starker Impulse zur Einigkeit und ein stärkeres Zusammenstehen der Mitgliedsstaaten. Die Identifizierung der europäischen Bürgerinnen und Bürger mit Europa ist maßgeblich für ein nachhaltiges Fortbestehen der Europäischen Union.

Hervorgegangen aus der EWG (Europäische Wirtschaftsgemeinschaft) wandelte sich die Europäische Union von einem Wirtschaftsbündnis hin zu einem Agrarbündnis. Dadurch sind die Mitgliedsstaaten inzwischen weit verzweigt und viele durch den Euro stark aneinander gebunden.

Jedoch bedarf es einer Umstrukturierung und Ergänzung der bestehenden Aufgaben innerhalb und außerhalb der Europäischen Union. Wir von der Familien-Partei Deutschlands fordern eine neue Schwerpunktsetzung und eine Neuausrichtung der Europäischen Union.

Die Europäische Union muss familienfreundlicher ausgestaltet werden. Sozialpolitische Akzente sind nun der Schlüssel, um Europa wieder als starken und verlässlichen Kontinent für die europäischen Bürgerinnen und Bürger werden zu lassen.

So ist ein europäisches Kindergeld, welches zusätzlich zum nationalen Kindergeld existieren soll, ein Grundpfeiler einer neuen sozialpolitischen Ausrichtung. Nur aus starken Familien heraus kann eine leistungsstarke Gesellschaft entstehen, die sich im globalen Wettbewerb behaupten kann. So fordert die Familien-Partei Deutschlands grundlegend ein Erziehungsgehalt, ein kostendeckendes Kindergeld und das Wahlrecht ab Geburt.

Momentan ist Familienpolitik im europäischen Parlament gar kein Thema. Dies muss unbedingt geändert werden, wobei sie dem Arbeitskreis Arbeit und Soziales

zugeordnet werden sollte. Denn Kindererziehung und -betreuung durch die Eltern ist Arbeit und entsprechend zu entlohnen. Bei der häuslichen Pflege wurde dieser Schritt bereits vollzogen. Er muss auf die Kindererziehung und -betreuung ausgedehnt werden. Damit würde die Ungerechtigkeit beseitigt, dass die Renten von der Gesamtgesellschaft getragen, während die Kosten der Kinder überwiegend den Eltern aufgebürdet werden. Dies hat zu einer so niedrigen Geburtenrate geführt, dass europaweit Fachkräftemangel herrscht und die Sozialsysteme bald nicht mehr zu finanzieren sind. Ob die Lücke durch Zuwanderung geschlossen werden kann, ist umstritten. Die Familien-Partei ist für mehr Geburten in Europa und eine begrenzte Zuwanderung, damit sich keine Parallelgesellschaften bilden, die eine ganz andere Kultur nach Europa bringen.

Europa ist ein weltweit einmaliges Projekt und beruht auf gemeinsame Werte und dem Frieden. Wir wollen den (Stellen-)Wert der Familien in der Europäischen Union erheblich stärken. Stärken sie daher Uns mit Ihrer Stimme am xx.xx.2019!

Wählen Sie die Familien-Partei Deutschlands für ein Europa der Möglichkeiten und Chancen und damit unsere nachfolgenden Generationen in Frieden und Freiheit aufwachsen können!



II. Sozial- / Familienpolitik

Die Europäische Union wurde einst gegründet um den Frieden zu erhalten und die Wirtschaft erblühen zu lassen, was innerhalb der europäischen Union auch verlässlich geschehen ist. Der Wohlstand wuchs seit Begründung der EWG beachtlich.

Bis heute ist jedoch lediglich die gemeinsame Agrarpolitik die einzige vollständige gemeinschaftliche Förderpolitik der europäischen Union, wodurch der relativ hohe Anteil des Agrarbereichs (einschließlich Förderung ländlicher Entwicklung) am EU Haushalt gerechtfertigt wird.

Die Gefahren für die europäische Union sind allgegenwärtig. Rechte Gruppierungen, wie der Front National sind stärker denn je. Der BREXIT wird bereits verhandelt und 2019 (vermutlich hart, mangels Einigung) vollzogen. Die Katalanen gehen verstärkt für ihre Unabhängigkeit auf die Straßen. In Europa kommt innerhalb der Bevölkerung zunehmend die Frage auf, wofür die Europäische Union im 21. Jahrhundert gebraucht wird.

Wir von der Familien-Partei Deutschlands fordern daher eine Neuausrichtung der Europäischen Union um auch die Akzeptanz der Bevölkerung für die Europäische Union maßgeblich zu steigern. Die Eurostaaten müssen sich nach einer gemeinsamen Währung und einer gemeinsamen Agrarpolitik das gesamtgesellschaftliche Aufgabenfeld der Familien- und Sozialpolitik annehmen.

So ist mit der Geburt eines Kindes für alle Eltern ein gravierender wirtschaftlicher Nachteil verbunden. Kinder sind auch im 21. Jahrhundert das größte Armutsrisiko. 2017 lebten allein in Deutschland 21 % der Kinder mit ihren Eltern in Armut.

Dies hat dazu geführt, dass die Geburtenrate in Deutschland 2017 bei 1,50 Kindern pro Frau lag. In Europa waren es 1,58 Kinder. Zur Volkserhaltung sind jedoch 2,10 Kinder pro Frau erforderlich, die in keinem europäischen Staat erreicht wurden. Frankreich und Irland lagen mit 1,96 bzw. 1,92 Kindern am

höchsten, während Italien (1,35), Spanien (1,33), Griechenland (1,33), Polen (1,32), Zypern (1,32) und Portugal (1,31) die wenigsten Kinder pro Frau hatten.

Es ist offensichtlich, dass die Rahmenbedingungen für (zur) Familien(-gründung) verbessert werden müssen, alleine um zu verhindern, dass Familien mit Kindern in Armut leben und aufwachsen müssen. Die Familien-Partei sieht dies sowohl in Deutschland wie in ganz Europa als ihre vordringlichste Aufgabe an und fordert daher die Schaffung einer Familienkasse, in der alle 4% ihres Bruttoeinkommens einzahlen, um ein kostendeckendes Kindergeld, ein Erziehungsgehalt und eine angemessene Rente für Eltern unabhängig von den Haushalten des Bundes, der Länder und Kommunen zu finanzieren.

Die Familien-Partei Deutschlands erhofft sich durch die Umsetzung der vorgeschlagenen Maßnahmen, dass wieder mehr Kinder geboren werden; die Sozialsysteme finanzierbar bleiben; Eltern mehr Zeit für ihre Kinder haben; kein Kind in Armut aufwachsen muss; Abtreibungen aus sozialen Gründen nicht mehr durchgeführt werden; Unterhaltszahlungen entfallen; Familien, vor allem Alleinerziehende, nicht mehr dem Armutsrisiko ausgesetzt sind; Frauen sich auch in jüngeren Jahren für ein Kind entscheiden können, da sie finanziell abgesichert sind; Schule, Ausbildung, Studium oder Erwerbstätigkeit auch nach der Erziehungszeit fortgesetzt werden können; Kindererziehung und Erwerbstätigkeit sich besser vereinbaren lassen und die wirtschaftliche Benachteiligung der Eltern während der Kindererziehung und im Rentenalter aufgehoben wird.

Eine sozialpolitische Ausrichtung zum Wohle der europäischen Bürgerinnen und Bürger ist längst überfällig!

1. Europäisches Kindergeld

Die Schaffung eines europäischen Kindergeldes neben dem nationalen Kindergeld soll Familien in ganz Europa unmittelbar stützen und fördern. Ein europäisch einheitlicher Betrag von 50€ pro Kind würde das Sozialgefälle innerhalb der Europäischen Union senken und in erster Linie Familien helfen.

Die Lebenshaltungskosten für Familien sind in den letzten Jahren innerhalb der Europäischen Union enorm gestiegen, vor allem in vielen Mitgliedsstaaten welche immer noch die Folgen der Wirtschafts- und Finanzkrise vor 10 Jahren spüren, sind Familien mit Kindern besonders betroffen.

Ein (zu beantragendes) europäisches Kindergeld würde den Menschen innerhalb der Europäischen Union aufzeigen, dass die EU mehr ist als ein loser Staatenbund ist, welcher lediglich aus wirtschaftlichen Interessen zusammenhält.

Die Einführung würde zudem die innereuropäische Sozialflucht eindämmen.

Die Gesamtkosten inkl. den notwendigen Verwaltungsaufwand würden 50 Mrd. € betragen. Finanziert werden soll dies nicht durch eine Umschichtung im EU Haushalt, sondern durch die Einführung einer Finanztransaktionssteuer und Schaffung einer Familienkasse.

Das oberste Ziel für die Familien-Partei Deutschlands ist ein kostendeckendes Kindergeld zu realisieren! Dies sieht vor, dass Familien für ein Kind bis zum 6. Lebensjahr 319 €, bis zum 14. Lebensjahr 414 € und bis zum 18. Lebensjahr 475 € erhalten (europäisches + nationales Kindergeld).

2. Erziehungsgehalt

Die Familien-Partei Deutschlands tritt für ein (sozialversicherungspflichtiges) Erziehungsgehalt ein, das an alle Eltern gezahlt wird. Die häusliche Erziehungsarbeit muss der beruflichen Arbeit gleichgestellt werden! Dadurch erhalten sie echte Wahlfreiheit, ob sie ihr Kind vor allem in den ersten 3 Jahren selbst betreuen oder in eine Fremdbetreuung geben, die sie aus dem Erziehungsgehalt bezahlen. Kleinkinder brauchen Bindung an eine Person, damit sie innerlich gefestigt werden. Ab dem 3. Lebensjahr empfehlen wir den Besuch eines kostenfreien Kindergartens.

Die Höhe des Erziehungsgehalt bei einem Mindestlohn von 8,84€ ist bei einem Kind bis zum 3. Lebensjahr auf 1.602 € brutto (1.181 € netto), bis zum 6.

Lebensjahr 824 € brutto (607 € netto) und bis zum 12. Lebensjahr 412 € brutto (304 € netto) festzulegen.

Bei mehreren Kindern ist eine Obergrenze vorgesehen. Familienberater sollen die Familien regelmäßig besuchen, damit eine sachgemäße Betreuung der Kinder sichergestellt ist.

3. Europäische Rente

Die Europäische Union soll durch die Kommission und das Parlament die Rahmenmöglichkeiten schaffen, dass die EZB einen Rentenfond verwaltet, welcher in (europäische) Anleihen und Wirtschaftsunternehmen investiert um eine kapitalgedeckte Finanzierungssäule zeitlebens für die Rente zu schaffen. Jeder Unionsbürger soll so die Möglichkeit erhalten, für das Alter am Kapitalmarkt vorsorgen zu können.

Eine entsprechende Förderung zur Vorsorge ist anzudenken, vor allem die Berücksichtigung von Kindern, um der Erziehungsleistung der Eltern unverzüglich gerecht zu werden. Zum Familienlastenausgleich gehört neben dem Erziehungsgehalt für die Arbeit, die ein Kind erfordert, ein Kindergeld, das die Mindestkosten, die ein Kind verursacht, abdeckt, auch eine Rente, bei deren Berechnung die wirklichen Erziehungszeiten berücksichtigt werden müssen.

Durch das Erziehungsgehalt erwerben die betreuenden Eltern bereits einen Rentenanspruch. Die jetzigen Rentner haben als Eltern ihre Kinder unter erheblichen finanziellen Einbußen aufgezogen. Dafür werden zurzeit 3 Jahre bei ihrer Rente angerechnet. Laut Herzog-Kommission müssten es 6 Jahre sein. Die Familien-Partei Deutschlands tritt für eine entsprechende Erhöhung auf nationaler Ebene ein, die pro Kind etwa 90 € im Monat betragen muss!

Der europäische Rentenfonds soll die Altersvorsorge von Unionsbürgern auf eine sichere Säule stellen, da gegenwärtige viele nationale Rentenmodelle der Mitgliedsstaaten durch den demografischen Wandel existenziell bedroht sind!

4. Familienwahlrecht

Eltern mit Kindern stellen etwa 50 Prozent der Bevölkerung, aber nur 30 Prozent der Wahlberechtigten dar. Alle unterliegen den Steuern und Abgaben. Eltern zahlen z.B. für Ihre Kinder immer die vollen Verbrauchssteuern, die Kinder haben jedoch bei der demokratischen Wahl - bei der auch über ihre Zukunft entschieden wird - keinerlei Mitbestimmungsrecht.

Daher fordert die Familien-Partei Deutschlands für die Eltern ein stellvertretendes Wahlrecht für ihre minderjährigen Kinder. Erst so werden die Interessen der nachfolgenden Generation umfassend vertreten.

5. Erleichterung der Annahme einer Ausbildung

Innerhalb der europäischen Union müssen die Möglichkeiten verbessert werden, dass europäische Jugendliche und Heranwachsende eine Ausbildung in einem anderen Mitgliedsstaat leichter annehmen können. Eine entsprechende Vereinfachung und Förderung ist vorzunehmen. Hintergrund ist die hohe Jugendarbeitslosigkeit in vielen europäischen (meist südlichen) Ländern. Wenn Europa eine Zukunft haben möchte, muss es heute in die Jugend investieren.

6. Kostenloses einjähriges Bahnticket zum 18 Lebensjahr

Die Idee eines Interrail-Tickets wurde bereits innerhalb der Europäischen Union erörtert und für zu teuer empfunden. Das Budget von 2,5 Millionen € reichte nicht aus. Der Finanzierungsbedarf wird laut EU-Kommission auf 1,2 – 1,6 Mrd. € geschätzt, welcher durch die Finanztransaktionssteuer erbracht werden kann.

Das Bahnticket soll Heranwachsenden Europa näher bringen und den innereuropäischen Austausch fördern.

III. Wirtschaft und Finanzen

Die wirtschaftliche Verflochtenheit und finanzielle Verbundenheit der europäischen Mitgliedsstaaten machen das Wesen der Europäischen Union im Kern aus.

Geht es dem Kontinent Europa wirtschaftlich und finanziell gut, so sind auch die Aussichten als Mitgliedsstaat für die Bundesrepublik Deutschland positiv. Der innereuropäische Handel ist für die Exportnation Deutschland eine sehr wichtige Stütze geworden. Ohne die europäische Binnennachfrage, welche auch auf die Gemeinschaftswährung Euro zurückzuführen ist, würde sich die Entwicklung des Wirtschaftswachstums der Bundesrepublik Deutschland anders gestalten.

Nichts desto trotz sind nach der Finanz- und Wirtschaftskrise vor allem in guten Wirtschaftsjahren die Maßnahmen zur Vorsorge einer gegenläufigen Entwicklung durchzusetzen.

Die EZB stützt seit geraumer Zeit mit der Niedrigzinspolitik in erster Linie die südlichen Europäischen Mitgliedsstaaten, aber treibt zugleich auch die Börsen und Immobilienpreise in ungeahnte Höhen. Die Fallhöhe für die nächste Wirtschaftskrise nimmt Zusehens gefährliche Höchststände an.

Entsprechend sind Maßnahmen zu ergreifen um den finanziellen Handlungsspielraum von Mitgliedsstaaten jetzt zu erhöhen um Reaktionen auf abkühlende Märkte bewirken zu können.

1. Finanztransaktionssteuer

Die Finanztransaktionssteuer muss innerhalb der europäischen Union eingeführt werden. Sie soll lediglich 0,25% für jeden Kauf und Verkauf eines Finanzproduktes an allen innereuropäischen Börsen (inkl. des Direkthandels innerhalb von Bankhäusern) betragen. Die Einnahmen sollen hälftig den Mitgliedsstaaten zukommen und hälftig in einen europäischen Sozialhaushalt einfließen, aus welchem u.a. das europäische Kindergeld bezahlt werden soll.

Die Höhe von 0,25% ist so gering, dass keine nennenswerten Auswirkungen auf die Rendite von normalen Anlegern zu befürchten sind. Die einzigen nennenswerten Auswirkungen werden im Hochfrequenzhandel und im aufstrebenden Markt der „Robo-Advisor“ zu erwarten sein, welche auch als mitursächlich für die dramatischen Entwicklungen der Finanzkrise anzusehen sind.

Bei einem Steuersatz von lediglich 0,25% kann alleine die Bunderepublik Deutschland laut dem Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung mehr als 90 Mrd. € an Mehreinnahmen erzielen. Bei einer hälftigen Aufteilung der Einnahmen würden bis zu 45 Mrd. € alleine aus Deutschland in einen Europäischen Sozialhaushalt fließen aus der ein europäisches Kindergeld (50 Mrd. €), ein Bahnticket für jeden Heranwachsenden zum 18. Lebensjahrs (1,6 Mrd. €), etc. finanziert werden können.

Auf die Einführung der Finanztransaktionssteuer hatten sich bereits 11 EU-Staaten geeinigt. Der Größte Widerstand wurde durch Großbritannien ausgeübt, welches auch für die meisten Steueroasen verantwortlich ist. Nachdem der Brexit vollzogen sein wird ist ein neuer Anlauf zur Einführung der Finanztransaktionssteuer in die Wege zu leiten. Befürchtungen, dass der Finanzplatz London gestärkt werden könnte sind unbegründet. Der Finanzplatz London galt als Tor nach Europa. Mit dem Verlust der Banklizenz für den Handel mit europäischen Finanzprodukten, was bei einem harten Brexit der Fall wäre, sind Luxemburg, Dublin, Paris und Frankfurt die neuen Finanzstandorte großer US Institute wie JP Morgan, Goldman Sachs, Wells Fargo, etc.

2. Europaweit geltende Kapitalertragssteuer von 20 - 35%

Eine einheitliche Kapitalertragssteuer innerhalb der Europäischen Union sollte flächendeckend eingeführt werden um vorsorglich Steuerflucht zu vermeiden. Diese sollte 35% nicht überschreiten, aber 20% auch nicht unterschreiten. Die Einnahmen bleiben bei den zu erhebenden Mitgliedsstaaten.

Zugleich müssen die Freibeträge für Zinserträge erhöht werden, um der Mittelschicht einen einfacheren Vermögensaufbau gewährleisten zu können. Der gegenwärtige Freibetrag ist von 801€ auf 2500€ zu erhöhen (5000€ bei verheirateten. Zudem ist pro Kind ein zusätzlicher Freibetrag von 1500€ zu gewähren, wobei die Freibetragshöchstgrenze insgesamt bei 10.000€ anzusiedeln ist).

3. Einführung europäischer Mindeststeuersätzen für Unternehmen

Die Familien-Partei Deutschlands tritt für die Einführung europäischer Mindeststeuersätze ein, um den weltweiten galoppierenden Steuerwettbewerb wenigstens innerhalb der EU einzudämmen, aber dennoch in einem gesunden Maß zu ermöglichen. Vor allem kleine Staaten haben auf Grund Ihrer (Infrar-) Struktur die Möglichkeit sehr niedrige Steuersätze zu verlangen u.a. durch niedrige Staatskosten. Größere Länder hingegen haben diese Möglichkeit nicht. Um diese zu schützen muss ein Mindestunternehmenssteuersatz im Unternehmen innerhalb der europäischen Union von 15% eingeführt werden. Darüber hinaus kann der freie Steuerwettbewerb unterhalb der Mitgliedsstaaten stattfinden.

Geheime Absprache zwischen Unternehmen und Staaten der Europäischen Union (Irland/Apple; Amazon/Luxemburg) müssen für illegal erklärt und Gerichten die Möglichkeit geben werden, den vermeintlich ersparten Betrag mit dem 2-fachen Wert zusätzlich zu bestrafen.

Darüber hinaus ist bei international operierenden Konzernen der zu versteuernde Betrag in Relation zum Umsatz im jeweiligen Mitgliedsstaat zu setzen. Erzielt demnach ein Unternehmen 70% des Umsatzes in Frankreich und 30% in Deutschland sind die entsprechenden Steuern im jeweiligen Mitgliedsstaat in Relation zu entrichten.

Große Unternehmen können nicht einerseits die bestehende Infrastruktur (Bildungsstand, Verkehr, etc.) nutzen, sich aber dem notwendigen

Finanzierungsbedarf durch Steuervermeidung entziehen, indem sie ihre Gewinne in Steueroasen transferieren.

Eine steuerliche (Mindes-)Gesamtbelastung im Unternehmen (Gewerbsteuer + Körperschaftssteuer) von 15% (in Deutschland gegenwärtig bei ca. 30% bei Kapitalgesellschaften) hält die Familien-Partei Deutschlands für zwingend notwendig um die innereuropäische Steuervermeidung möglichst zu unterbinden.

4. Entzug der Banklizenz

Jede Bank, der nachgewiesen wird, dass sie Anleger bei der Steuerflucht behilflich war, hat eine Strafe von dem dreifachen der Summe zu erwarten, welche sie im Sinne der Steuerzahler veruntreut hat. Im Wiederholungsfall wird die europäische Banklizenz als ultima ratio entzogen und der Handel mit europäischen Finanzprodukten untersagt.

5. Euro-Bonds

Die Familien-Partei ist gegen die Einführung von Euro-Bonds, welche nur den Zweck dienen sollen, finanziell angeschlagene Staaten bei der Staatsfinanzierung günstigere Konditionen am Finanzmarkt zu ermöglichen, da neben den zu haftenden emittierenden Staat (vermutlich durch eine europäische Institution) alle involvierten Staaten gemeinschaftlich haften müssen.

Die Bundesrepublik Deutschland wäre somit Schuldner für Schulden anderer Staaten ohne Einfluss auf die Verwendung der Gelder zu haben!

Dies wäre ein untragbarer Umstand und hätte zur Folge, dass der Reformdruck, der durch hohe Zinsen für Staatsanleihen entsteht, umgangen wird und die zu bewältigen Strukturprobleme nicht behoben, sondern wie gewohnt von Wahl zu Wahl verschoben werden.

Euro-Bonds würden nach unserer Auffassung sinnvoll sein, wenn sie von einem europäischen Finanzminister verwaltet und die Gelder gezielt zum Aufbau der europäischen Wirtschaft verwendet werden, welche allen Mitgliedsstaaten nutzen.

Große Infrastruktur Projekte wie Stromleitungen und Verkehrswege wären mögliche Anwendungsbeispiele. Aber zur Staatfinanzierung sind Euro-Bonds der falsche Weg!

6. Freihandelsabkommen

Die Notwendigkeit von Freihandelsabkommen erkennt die Familien-Partei Deutschlands voll an. Rechtsgeschäfte bedürfen gemeinsamer Regelungen und Vereinbarungen. Einheitliche Maßstäbe vereinfachen den Rechtsverkehr ungemein und bewirken positive wirtschaftliche Effekte wie durch den Wegfall von Zollbestimmungen.

Bei der Schließung von Freihandelsabkommen muss die EU auf Augenhöhe agieren. Freihandelsabkommen, welche die EU im besonderen Maße einseitig nutzen, wie Freihandelsabkommen mit Mauretaniens, müssen auf eine faire Basis nachverhandelt werden.

Das Ausbeuten wirtschaftlich schwacher Märkte muss im Interesse der EU eingestellt werden.

Darüber hinaus müssen Freihandelsabkommen nicht nur fair, sondern auch transparent gestaltet werden und dabei den Menschen Europas das größtmögliche Mitspracherecht eingeräumt werden.

7. Bargeld

Die Familien-Partei Deutschlands bekennt sich offen zum Erhalt des Bargelds. Eine Bargeldbeschränkung oder Abschaffung ist nicht zielführend.

Die Kosten des Bargelds liegen alleine in Deutschland zwar bei einem zweistelligen Mrd. Betrag, jedoch ist die Wahlfreiheit das Wesen einer jeden Demokratie und fortgeschrittenen Gesellschaft.

Eine dem Normalverbraucher nicht betreffende Höchstgrenze an Bargeldgeschäften steht die Familien-Partei Deutschlands offen gegenüber um illegale Geschäfte zu erschweren.

IV. Landwirtschaft

Die Landwirtschaft ist das einzige zentrale Thema, welches die Europäische Union mit einer eigenen Wirtschaftspolitik verfolgt. Dies zeigt sich auch am EU Agrarhaushalt, welcher als einziger im EU Haushalt geführt wird.

1. Export von Agrarprodukten

Die europäische Union muss ihrer globalen Verantwortung gerecht werden.

Der Export von subventionierten Agrarprodukten, welche heimische Märkte wie in Afrika in ihrer Existenz bedrohen, gehört stärker reglementiert. Die Zerstörung ausländischer Agrarmärkte in wirtschaftlich schwachen Regionen kann nicht im Interesse der europäischen Mitgliedsstaaten sein, angesichts des Zustroms an Menschen, welche aus Perspektivlosigkeit ihre Heimat verlassen (müssen).

Jede wirtschaftliche Entwicklung hatte ihren Ursprung in der Landwirtschaft. Erst dann entstanden Industrie und zuletzt der Dienstleistungssektor.

Die Bedrohung durch europäischer Agrarprodukte für die vielen ausländischen Landwirtschaften, insbesondere in Entwicklungsländern, nimmt immer dramatischere Auswirkungen an. Im eigenen Interesse muss die europäische Union ihre Politik des Agrarexports überdenken.

2. Keine Benachteiligung der Nebenerwerbslandwirte

Die Europäische Union betreibt gegenwärtig eine Politik des „get big or get out“ und subventioniert zuvörderst große Agrarbetriebe.

Um amerikanische Verhältnisse in der Landwirtschaft zu verhindern und die Vielfalt der europäischen Landwirtschaft zu wahren, muss die Europäische Union ihre einseitige Förderpolitik aufgeben und Nebenerwerbslandwirte ebenso bei der Förderung berücksichtigen.

Die Familien-Partei Deutschlands fordert eine einheitliche Grundsubvention, welche allen Agrarbetriebe zu gleichen Teilen zukommen soll, um die Diversifikation der landwirtschaftlichen Grundstruktur zu erhalten.

3. Grundrecht auf Wasser

Die Ressource Wasser ist für die Menschheit essentiell. Durch die intensive Landwirtschaft werden die Wasservorräte auf der Welt zunehmend bedroht.

Auch das Grundwasser wird zunehmend durch die Landwirtschaft in Folge des übermäßigen Pestizideinsatzes und die Überdüngung der Felder durch Gülle erheblich belastet. Die Nitratwerte sind alarmierend.

Eine gestärkte Umweltschutzbehörde muss das zu schaffende Grundrecht auf sauberes (Trink-)Wasser durchsetzen und durch Kontrollen mit Unterstützung nationaler Behörden bewahren.

Zudem muss die Europäische Union Wasser als ein liberales Wettbewerbsprodukt untersagen um eine qualitative Wasserversorgung für alle EU Bürger zu gewährleisten.

Eine Privatisierung von Wasser jeglicher Art muss daher strengstens kontrolliert werden. Wassergenossenschaften stellen einen wirtschaftlich vernünftigen Ansatz dar. Kapitalgesellschaften hingegen, welche verpflichtet sind ausschließlich gewinnorientiert für Aktionäre zu handeln, sollten vom Geschäft mit dem Wasser ausgeschlossen werden.

4. Einsatz von Pestiziden wie Glyphosat

Der Pestizideinsatz wie Glyphosat muss sehr restriktiv angewandt werden und starke Pestizide und Insektizide (Neonicotinoid), die nachweislich die Umwelt in einem Ausmaße stören, sodass nachhaltige Schäden zu befürchten sind, sind unverzüglich zu verbieten.

Die Europäische Union muss weniger die Intensive Landwirtschaft und mehr die nachhaltige Landwirtschaft fördern.

5. Tierschutz

Die Europäische Union muss sich klar zum Tierschutz bekennen.

Tierversuche sind vom Grundsatz her zu verbieten und nur bei nachgewiesener Notwendigkeit genehmigungsfähig.

Die Massentierhaltung muss grundsätzlich eingedämmt werden. Zum Wohle der Tiere bedarf es europaweite einheitliche verbesserte Bedingungen, auch um Wettbewerbsvorteile einzelner Mitgliedsstaaten (durch weniger Tierschutz) zu unterbinden.

Darüber hinaus muss eine eindeutige Kennzeichnungspflicht für Fleischprodukte innerhalb der europäischen Union umgesetzt werden, um allen Verbrauchern hinreichende Informationen zukommen zu lassen, damit dieser sein Konsumverhalten am Tierwohl ausrichten kann.

V. Energie, Umwelt und Klima

Die europäische Union muss deutlich mehr ihre gemeinschaftliche Verantwortung übernehmen, wenn es um die Bekämpfung des Klimawandels und den Umweltschutz geht. Essentiell erachtet die Familien-Partei Deutschlands eine gemeinschaftliche Energiepolitik, welche der Schlüssel großer struktureller Probleme darstellt. Sowohl der Atomausstieg, als auch er Kohleausstieg sind zwingend erforderlich, um den nachfolgenden Generationen

eine lebenswerte Umwelt zu hinterlassen und die globalen Klimaschäden(-kosten) einzudämmen.

1. Energiewende

Die Energiewende muss europäisch gedacht werden. Der windreiche Norden muss mit dem sonnenreichen Süden und den vorhandenen Wasserkraftwerken in den Alpen und skandinavischen Ländern effizienter genutzt werden.

Hierzu bedarf es der Planung und Konzeptionierung eines europäischen Stromnetzes um eine europaweite Energiewende zu ermöglichen.

Für den Ausbau einer europäischen Energiewende ist das Nutzen von Euro-Bonds zur Finanzierung ein mögliches Instrument. Ein grünes Europa, welches Emissionen und Immissionen erheblich reduzieren kann, nutzt allen Europäern in gleichem Maße und schafft keine Fehlanreize.

Wind- und Solarparks sind zudem ein Jobmotor und kreieren überwiegend gut bezahlte Arbeitsverhältnisse.

2. Aufbau eines europäischen Stromnetzes

Ein europäisches Stromnetz soll lediglich die Himmelsrichtungen durch Stromautobahnen miteinander verbinden um eine europäische Energiewende von Anfang an effizient zu gestalten. Bestehende Netze sollen bei Geeignetheit in Absprache mit den jeweiligen Mitgliedsstaaten ausgebaut werden. So sollen Synergien von Wind- und Sonnenenergie genutzt werden. Darüber hinaus sind Wasserkraft- und Pumpspeicherwerke (Alpen und Skandinavien) einzubinden.

Die teuren Planungsfehler, die bei der deutschen Energiewende gemacht wurden, dürfen nicht wiederholt werden. Subventionen sollen lediglich neue Technologien zeitlich begrenzt zur Marktreife führen und müssen dann unverzüglich abgebaut werden.

3. Marktübliche Energiepreise und kein europäisches EEG

Anstelle der Förderung von konventionellen Kraftwerken müssen etwaige Subventionen zugunsten der erneuerbaren Energien umgeschichtet werden.

Aus dem ehemaligen Gedanken der Gemeinschaft für Kohle und Stahl muss eine Gemeinschaft der sauberen Energie erstarben.

Die Subventionen zur Energiewende müssen über gemeinschaftliche Steuern finanziert werden und nicht einseitig über den Strompreis.

4. Stärkung der Europäischen Umweltagentur (EUA)

Die Europäische Umweltagentur (EUA) muss umgestaltet werden. Gegenwärtig umfassen ihre Aufgabenbereiche lediglich das Präsentieren von sachdienlichen Informationen und Daten im Bereich der Umwelt.

Die EUA muss Befugnisse erhalten nach dem Vorbild der amerikanischen Umweltbehörde Environmental Protection Agency (EPA). Hierfür müssen europäische Umweltschutzgesetze erlassen werden, welche von der EUA kontrolliert und gegeben falls durchgesetzt werden, wie ein Rückkauf von Dieselfahrzeugen.

Die Notwendigkeit einer starken europäischen Umweltbehörde haben die skandalösen Vorgänge bezüglich des Dieselskandals offenbart. Nationale Behörden haben sich dem Lobbyismus unterworfen und sind in ihrer Handlungsfähigkeit massiv beschränkt.

Ohne die EPA wäre der Dieselskandal vermutlich nie aufgedeckt worden.

Nach unserem Verständnis haben insbesondere die nachfolgenden Generationen ein Anrecht auf eine intakte Umwelt.

5. Co2 Zertifikate

Der Emissionsrechtehandel ist ein Instrument der europäischen Umweltpolitik um mit möglichst geringen volkswirtschaftlichen Kosten die

Schadstoffemissionen zu verringern. Damit die Eindämmung des Klimawandels überhaupt gelingen kann, muss der Emissionsrechtehandel grundlegend reformiert werden. Der Anteil der handelbaren Zertifikate ist jährlich um mehr als 4% zu senken, sodass der Emissionsrechtehandel ein wirkungsvoller Grundpfeiler der europäischen Umweltpolitik wird.

VI. Infrastruktur

Europa braucht eine starke Infrastruktur, welche die Grundlage des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens darstellt. Der längst überfällige Ausbau auf allen Ebenen, muss auch zugleich als Jobmotor Europas verstanden und genutzt werden.

1. Verstärkte Förderung von Großprojekten

Europäische Gemeinschaftsprojekte müssen angedacht werden, welche ein verbindendes Element zur Bevölkerung schaffen können.

Eine europäische Energiewende kann das erste zentrale Großprojekt der Europäischen Union werden um den ersten „grünen“ Kontinent zu schaffen.

Unabhängig von einer möglichen politischen und wirtschaftlichen Strahlkraft wäre eine europäische Energiewende ein deutliches Zeichen gegen den Klimawandel und die weltweite Umweltzerstörung.

2. Innereuropäische Mobilität

Die innereuropäischen Verkehrswege müssen näher und besser miteinander vernetzt werden. Ein europäisches Mautkonzept für alle Straßen ist anzudenken. Im Bereich des Schienenverkehrs ist viel ungenutztes Potential. So sollte die Entwicklung und Planung der Magnet-Schwebebahn wieder aufgenommen werden.

Vor allem in Anbetracht der Zunahme von Reisenden und Passagieren ist ein europäischer Schnellzug, welcher Großstädte konkurrenzfähig gegenüber dem Flugzeug miteinander verbindet, notwendig.

Die Zunahme des Luftverkehrs ist eine ernsthafte Bedrohung für unser weltweites Klima.

Durch grünen Strom ist es möglich, den Schienenverkehr auf regenerative Energien umzustellen durch die Nutzung elektrischer Oberleitungen.

Wie schwerlich der Umstieg von konventionellen Antrieben auf „nachhaltigere“ Antriebe ist, zeigt die schleppend verlaufende Entwicklung der Elektromobilität in der Automobilindustrie. Unabhängig von einer theoretischen Umsetzbarkeit der Elektromobilität in der Automobilindustrie ist es sehr unwahrscheinlich, dass nach einer vollzogenen Revolution im kommenden Jahrzehnt noch genügend Rohstoffe (seltene Erden, Kobalt, Graphite, ...) zur Verfügung stehen werden, um alle Verkehrsflugzeuge umrüsten zu können. Der Batterieherstellung sind nach derzeitigen wissenschaftlichen Stand Grenzen auferlegt.

Zudem ersticken die Großstädte an der wachsenden Verkehrsbelastung.

Die Familien-Partei Deutschlands fordert daher ein umfassendes europäisches Konzept zur Entlastung der Innenstädte.

Es bedarf intelligenter Park&Ride Systeme die vor Ort einen Umstieg auf Elektrobusse oder Stadtbahnen gewährleisten.

Auch Carsharing, Bürgerbusse und kostenloser Nahverkehr können die aktuelle Problematik entschärfen und sollten daher aktiv vorangetrieben werden. Für Berufspendler müssen Anreize geschaffen werden auf Bus und Bahn umzusteigen, auch durch einen flexiblen und engmaschigen Nahverkehr.

VII. Verteidigung / Inneres

Im 21. Jahrhundert hat die Welt sich stark gewandelt. Verteidigungsarmeen arbeiten immer vernetzter und stärker zusammen um gemeinsame Aufgaben bewältigen zu können. Darüber hinaus müssen auch die Polizeibehörden effizienter zusammen arbeiten und u.a. Europol mehr Kompetenzen

zugesprochen werden. Eine europäische Vernetzung untereinander mit entsprechenden Datenaustausch ist für die Sicherheit der Bürger unerlässlich.

1. Ausbau Auskunftsrechte innereuropäischer Behörden

Die Behörden der Mitgliedsstaaten müssen vor allem in Hinsicht der Terror- und Kriminalitätsbekämpfung vernetzter zusammenarbeiten und auf gemeinsame Datenbanken zugreifen können. Eine europäische Antiterrorgruppe, verteilt auf einzelne Mitgliedsstaaten, ist unerlässlich.

2. Umgang mit Flüchtlingen

Es ist eine Schande, dass auch bei dieser Wahl die Flüchtlinge thematisiert werden müssen, weil immer noch keine nachhaltigen Lösungen vorangetrieben werden.

Die Familien-Partei Deutschlands setzt sich für die Einhaltung bestehender Gesetze (Dublin III) ein, aber fordert eine bindende europäische Verteilungsquote um die Grenzstaaten zu entlasten.

Um einheitliche Verfahren gewährleisten zu können, müssen europäische Rechtsrahmen geschaffen werden, nach denen einheitlich entschieden wird, wer als schutzbedürftig zu erklären ist und unter welchen Bedingungen jemand innerhalb der europäischen Union leben kann (Einwanderungsgesetz).

Darüber hinaus sind Hilfsleistungen zu definieren, welche auch nationalen Staaten bei Unterbringung und Integration unterstützen sollen.

Die Familien-Partei Deutschlands ist zudem für eine aktive Bekämpfung von Fluchtursachen. Wie zu Themen der Landwirtschaft und Wirtschaft ausgeführt wurde, muss man Wirtschaften anderer Länder aktiv aufbauen und nicht mit Billigexporten hemmen, gar zerstören.

Perspektivlosigkeit ist die treibende Kraft vieler Geflüchteter und muss durch Schaffung wirtschaftlich nachhaltiger Strukturen beseitigt werden.

Flüchtlinge aus Krisenregionen bedürfen unseren europäischen Schutz, dabei muss Europa ein guter Gastgeber sein und den Menschen helfen und unterstützen so gut es geht. Sie sollen dabei aus unserer Kultur so viel lernen und mitnehmen wie sie können. Mitnehmen, da von vorneherein klar gestellt werden muss, das sie Gäste sind und sobald human vertretbar sie auch wieder zurück in ihr Land müssen um dieses wieder aufzubauen.

Europa und seine Flüchtlingspolitik müssen an unseren christlichen Grundwerten der Nächstenliebe und Toleranz ausgerichtet sein.

Das Europäische Parlament steht jedoch auch in der Pflicht auf eine weltweite einheitliche Flüchtlingspolitik hinzuwirken, unter der Schirmherrschaft der UN.

3. Standardisierte Militärobjekte

Militärische Objekte wie Kampflugzeuge und Panzer müssen standardisiert und von europäischen Rüstungsfirmen produziert werden. Sie sollten ausschließlich der Verteidigung Europas dienen.

Hierdurch sollen nicht nur die Kosten erheblich reduziert, sondern auch eine restriktive Haltung bei Waffenexporten durchgesetzt werden können.

Waffenexporte in Krisenregionen sind grundsätzlich zu ächten. Das Europäische Parlament muss dabei die Kontrollhoheit haben und weisungsbefugt sein.

4. Einsetzung einer Europäischen Armee

Eine europäische Armee ist im 21. Jahrhundert unerlässlich um kosteneffizient entsprechende Aufgaben wahrnehmen zu können. Das Vorhalten größerer nationaler Armeen ist nicht nur kostenintensiv, sondern bei der Umsetzung etwaiger gemeinsamer Missionen, beispielsweise innerhalb der NATO, nicht unkompliziert.

Durch eine europäische Armee gäbe es einen Ansprechpartner, der stark gerüstet ist um auch größere militärische Aufgaben alleine übernehmen zu können.

Darüber hinaus würde eine europäische Armee den europäischen Leitgedanken des Friedens mehr als verdeutlichen.

Das Recht, nationale Armeen zu unterhalten soll jedoch nicht berührt werden. Die Aufgaben nationaler Armeen sind gegenwärtig bei den europäischen Mitgliedsstaaten zu verschieden um sie einfach durch eine europäische Armee zu ersetzen. Zudem soll nicht das Gefühl der nationalen Entmündigung entstehen. Eine europäische Armee soll Synergien nutzen und freisetzen, vor allem in wirtschaftlicher Hinsicht und den Abbau nationaler Verteidigungshaushalte forcieren.

VIII. Parlamentsrechte stärken

Das europäische Parlament, welches als einzige Institutionen von den europäischen Bürgern gewählt werden kann, muss eine erhebliche Stärkung seiner Rechte erfahren.

Es ist unzumutbar, dass sich ein Parlament „Parlament“ nennen darf, obwohl die wichtigsten Entscheidungen von der europäischen Kommission verwirklicht werden. Ein hauptsächliches Vorschlagsrecht als maßgebendes Element ist eines Parlaments unwürdig.

Ein Modell wie es in Deutschland mit Bundestag und Bundesrat praktiziert wird, ist mindestens wünschenswert. Eine Differenzierung zwischen Zustimmung- und Einspruchsgesetzen, sollte allen Interessen ausreichend gerecht werden.